

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
25 (1911)**

132 (9.6.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556340](#)

Vorddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Petersstraße 20/22. Fernsprech-Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Umlenstraße 22. Fernsprecher 530.

Das Vorddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Abonnementpreis bei Voranzeigung für einen Monat einschließlich 75 Pf., bei Selbstabholung 65 Pf., durch die Post bezogen vierfach jährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschließlich Versandgeld.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate die für gewerbliche Korrespondenz oder deren Raum für die Unternehmen in Rüstringen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Inseln 15 Pf., für sonstige ansonsten Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Anzahl, d. h. fünfzig bis sechzig als kleinerer als der Grundrumpf gelegt werden, so werden sie auch nach ersterem berechnet. Reklamezettel 50 Pf.

25. Jahrgang.

Rüstringen, Freitag den 9. Juni 1911.

Nr. 152.

Bethmanns Nachfolge.

Zwar hat Herr v. Bethmann-Hollweg das schreckliche Gedächtnis, dass ihm angegedacht hat, nicht begangen und mit den Sozialdemokraten über die elzah-lothringische Beleidungsfrage nicht persönlich konflikt, trotzdem darf man wohl annehmen, dass seine Tage gezählt sind. Die Führer wollen ihn weg haben, weil er ihnen nicht mehr über genug ist. Wenn ihre Macht nicht später zum Klassendienst kommt, vielleicht mit allerlei Verneuerungen des Gegenfalls maskiert wird, so geschieht das nur darum, weil seit dem Sturz des Fürsten Bölow noch nicht einmal zwei Jahre vergangen sind. In einem Zeitraume von zwei Jahren zwei Reichskanzler zur Strecke zu bringen, wäre eine Ausstellung, die sich das Judentum nicht mehr zutrauen darf. Wennstens in offener parlamentarischer Schlacht wird man sich an den Kämpfer nicht mehr heranwagen. Niemals wird man es ihm von hinten herum zu besorgen suchen, aber doch nur so, dass man danach seine Hände in Unschuld wenden kann.

Das Stuttgarter Zentrumsblatt weist auch schon von allen Intrigen zu erzählen, die hinter den Kulissen angelegt werden, und schreibt den Reichskanzler mit „zwei gefährlichen Bewerbern“, die beide schon recht sein sollen, einen Platz eingerahmt. Beide sind Militärs, beide Personen „in großer Hülle“ und bei Wilhelm II. wohlgelebt. Sicherlich wird jedoch wohlwollend hinzugefügt, so mächtig und einflussreich auch die Kreise sein mögen, von denen die Übertreibungen ausgehen, so habe das Zentrum vorerst doch keinen Anhalt, an diesen Intrigantenpielen mitzuwirken. „Dafür“ will also das Zentrum Herrn v. Bethmann verhindern halten, doch er nur der gnädige Nachbestellung des neuen Oppositoroff an den konservativen Palastintrigenen im Existenz verdankt und das er sich, durch ein gefügtes Begeben dieser Gnade würdig zu erweisen habe. Sonst möglicherweise armen Seele gnädig sein. „Theobald, bitte dich!“ ruft das Stuttgarter Zentrumsblatt dem Reichskanzler zu.

Diese neueste Intrigengeschichte und das expressivste Bilden, zu dem sie den Anlaß gegeben hat, enthalten wieder einmal das ganze Zentrum unter Schieflösungstitutionen zusammen. In welchem andern zivilisierten Lande der Welt wäre es möglich, einen leitenden Staatsmann mit dem Gesicht zweier Generäle zu schaffen, die im dunklen Hintergrunde des Hofes auf keinen Polen laufen? In andern Ländern regiert ein Ministerpräsident mit einer reinen Mehrheit, er bleibt solange im Amt, als ihm diese Mehrheit treu bleibt und wenn sie ihn eines Tages im Stich lädt, nimmt er seinen Abschied. Darum ist die Minorität der Regierung in anderen Ländern im Grunde genommen viel sicherer, denn sie ruht auf einer sicheren Mehrheit, die den überwiegenden Teil der Volksstimme repräsentiert. In Deutschland ist dagegen keine Regierung auch nur einen Tag ihrer Stellung sicher, denn sie hängt eben so sehr von den veränderten Parteiensituationen des Reichstags ab wie von den noch veränderlichen Stimmungen des Hofes.

Der Sozialdemokratie kann dieser Zustand schließlich auch ganz recht sein, denn wenn sie gegen eine Regierung kämpfen hätte, die sich auf die Vertrauen einer Volksmehrheit stützte, so wäre das viel unbedeutender für sie als der Kampf gegen eine Regierung, die eigentlich niemanden unter sich hat. In Preußen-Deutschland genügt es schon, im Portefeuille anzunehmen, um sich unpopulär zu machen, vor der volkstümlichen Bevölkerung eines englischen Regierungsmannes, eines Winston Churchill oder Lloyd George, hat man hier keine klasse Vorstellung. Und diese, von könnte fast sagen, grundsätzliche Unbedeutlichkeit, deren es hierzulande jeden Minister zu erfreuen hat, ist natürlich weiterhin für jede entschlossene Opposition.

Noch jedem deutschen Reichskanzler ist unter dem neuen Gesetz ein General als Nachfolger vorausgesagt worden, und es genug hat man die Welt drängt mit dem Scheiß des kriegerischen Mannes, der da kommen werde, um das Deutsche Reich mit dem Säbel zu regieren. Heute hat man wohl gelernt, über solche Prophesien etwas ruhiger zu denken, denn unsere Generäle sind ja glücklicherweise im Frieden aufgewachsen und daher nicht gewohnt, Blut zu sehen. So schlimm braucht es also noch nicht zu werden, wenn sich wieder einmal ein Herr mit roten Streifen an den Hosen auf dem Erdplatte der Regierungsbank niedergelassen ist. Capri ist zwar gerade kein Eisenfester — und viel eher als ein blutiges Theaterstück wird man eine niedliche Komödie erwarten dürfen, die in der Sillie eines kleinen Bundesamtzimmers höchst verständlich endet. Das Lustspiel der deutschen Politik ist noch nicht geschrieben, aber man sieht es alle Tage.

Also nicht etwa, weil die Sozialdemokratie von dem wahrscheinlichen Nachfolger Bethmanns schlimme Dinge zu be-

fürchten hätte, sind wir gegen den uns und Herrn von Bethmann angedrohten General, sondern wir sind gegen ihn, weil es ein hässlicher, lächerlicher Zustand ist, dass einer Nation von 65 Millionen irgend eine uniformierte Exzellenz als Regisseur vor die Nase gelegt wird, ein anonymes Uniformträger, zu dem kein Mensch Vertrauen haben kann, weil ihn keiner kennt. Auch Politik will gelernt sein und man lernt sie weder auf dem Kaiserhof noch im Offizierskasino oder im Hoftheater. Der Sozialdemokratie könnte solche ungelenken Handlanger keinen Abbruch tun, damit ist aber noch lange nicht gelöst, dass sie nicht sonst viele Schaden und Unzug lassen können, wenn nicht der Wille des Volkes und Willkür einen festen Damm entgegensteht. In diesem Sinne wird es auch Aufgabe der Wähler sein, den kommenden Reichstag so zu gestalten, dass sie in ihm einen schweren Schuh finden gegen Unberechenbarkeiten des persönlichen Regiments.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 8. Juni.

Die Reichseinnahmen im Jahre 1910.

Nach der jetzt vorliegenden endgültigen Überprüfung über die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren im vorherigen Rechnungsjahr ergibt sich gegenüber der gegen Ende April d. J. veröffentlichten vorläufigen Berechnung eine Mehreinnahme von 22 Millionen Mark. Während damals die gesamten Einnahmen auf 1477,2 angegeben wurden, stellen sie sich jetzt auf 1499,2 Millionen Mark. Der Staatsantrag beträgt 1441,5 Millionen Mark, sodass das Rechnungsjahr einen Überschuss über die im Reichshaushaltsetat veranschlagten Einnahmen von 57,7 Millionen Mark ergibt, während man bisher nur auf einen solchen von 35,7 Millionen Mark gerechnet hatte. Dieser Überschuss ist im wesentlichen auf die Mehreinnahmen aus den Zöllen, der Bösensteuer, dem Grundstücksbeitragsstempel und der Erbschaftsteuer zurückzuführen, während der bei weitem größte Aufschwung bei der Baumwindeuer entstanden ist.

Die Zölle, deren Einnahmen sich noch um 4 Millionen Mark höher gestellt haben, als im April angenommen war, haben 663,3 Millionen Mark eingeholt und zeigen damit gegenüber dem Voranschlag von 631,9 Millionen Mark einen Überschuss von 31,4 Millionen Mark. Der Grundstücksbeitragsstempel, dessen Ertrag sich im Definitivstempel um noch 1,5 Millionen Mark erhöht hat, ergibt mit einer Einnahme von 44,3 Millionen Mark gegenüber dem Staatsantrag eine Mehreinnahme von nicht weniger als 18,8 Millionen Mark. Fakt genau so groß ist der Überschuss der Bösensteuer, die einschließlich der Tafelsteuer 18,2 Millionen Mark ergeben hat gegen 52,5 Millionen im Staatsantrag. Dazu tritt als vierte Einnahmequelle mit erheblichem Überschuss die Erbschaftsteuer, die 42,7 Mill. Mark eingebracht hat gegen 34,0 im Voranschlag, also 8,7 Millionen Mark mehr. Aus diesen vier Einnahmequellen ergibt sich also ein Überschuss gegenüber dem Staatsantrag von 77,4 Millionen Mark. Der Lotterielosstempel, der gegenüber der vorläufigen Aprilberechnung eine Steigerung um neun 9 Millionen Mark zeigt, übertrifft damit den Staatsantrag um 4,8 Millionen Mark. Überschüsse weisen ferner auf die Zudersteuer um 3,8 Millionen Mark, der Personalfazienstempel um 2,8, die Tabaksteuer um 2,2, der Großturbundenstempel um 1,6, der Tantlementempel um 1,5, die Brausteuer, deren Einnahme sich im Definitivstempel um 2,2 Millionen erhöht hat, um 0,9, der Automobilstempel um 0,9, die Zigarettensteuer um 0,6, die staatliche Gebühr um 0,3 und die Eigentümerverbrauchsabgabe um 0,1 Millionen Mark. Unter den Einnahmequellen, die den Staatsantrag nicht erreicht haben, steht, wie bemerk, oben die Baumwindeuerabschlagsabgabe, die anfangs sie noch 2 Millionen Mark mehr ergeben hat, als im April angenommen, mit 154,9 Millionen — einen Ausfall von 25,1 Millionen Mark zeigt. Den zweitgrößten Ausfall hat die Leuchtmittelsteuer, die nur 9,9 Millionen Mark erbracht hat gegen 16,0 Millionen Mark im Staatsantrag, also 5,1 Millionen Mark zu wenig. Dann folgt der Schuhstempel, dessen Einnahme nur 3,6 Millionen Mark beträgt gegen 7,4 Millionen im Voranschlag, so dass noch nicht die Hälfte der eisatzmäßigen Einnahme erzielt ist. Auch die Tabaksteuer hat einen wesentlichen Ausfall von 2,7 Millionen Mark mit 11,7 Millionen gegen 14,4 im Voranschlag. Die Einnahmen der Südwarentsteuer bleiben um 1,4, der Wechsleitstempel um 1,3 und die Schaumweinsteuer um 0,7 Millionen Mark hinter dem Staatsantrag zurück. Südwarentsteuer und Schaumweinsteuer haben noch weniger fertige um 0,4, leichtere um 0,3 Millionen Mark ergeben, als im April angenommen worden war.

Die offizielle Presse feiert das glänzende Finanzergebnis natürlich mit überchwältigendem Lob für die Schöpfer der „Finanzreform“. Die Rechtsseite der Medaille, die in anhaltender heiterer Zeuerung, in einer empfindlichen Schädigung all jener Geschäftete, die von den neuen Steuern berührt werden, in Arbeitslosigkeit und ruinösen Produktionsstörungen besteht, die wird wohlweislich nicht aufgezeigt.

Liberale Zugewissigkeit

Die „Kreuzzeitung“ bemüht sich von neuem mit etwas aufmüppigem Eifer, den nicht allzu schwierigen Nachwuchs zu erbringen, doch der deutliche Liberalismus politisch „ungewiss“, politisch unsicher sei. Seine Scheu vor Verantwortung und seine Unlust, an einem unpopulären Werk mitzuhaben — die Bewilligung neuer Steuern sei ja immer eine Aufgabe, durch die sich die Volksgunst nicht gewinnen lasse — habe er gleich hinter der konservativen Ablehnung der „Besteuerung des Witwen- und Waisenerdes“ verdeckt zu können geglaubt. „Dadurch sollte das ganze Werk unanwendbar geworden sein. Im Wirklichkeit kam es den tatsächlichen Liberalen aber nur auf einen Vorwand an. Deshalb legten sie sich mit einem Male mit solchem Eifer auf eine Steuer fest, deren Verwerthlichkeit sie selbst noch kurz vorher markant hervorgehoben hatten. Alle Schönheitsversuche können doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich in Wahrheit nur um einen neuen Beweis dafür handelt, wie wenig der Liberalismus bei uns zu Lande das Zeug dazu hat, die Geschäfte des Landes erproblich zu führen. Noch jede einzige Probe hat bisher zu einem negativen Ergebnis, zum Bankrott der liberalen Regierungsfähigkeit geführt. Das kommt daher, dass der Liberalismus sich zwar gern im Glanze der Macht sieht und durch Maßnahmen, die der Masse gefallen, seinen Einfluss im Volke erhalten und haben will, oder, da kein Staat immer nur mit Geschichten auskommen kann, die den Befall der Massen finden, sondern auch Villen und Salten anstreben muss, die Opiate verlangen, so muss der Partei, die vorwiegend von Wahlrüstungen beherrscht werden, immer früher oder später der Zeitpunkt kommen, wo sie sich vor einer Verantwortung zu drücken suchen. Sein Freiheit beweg Fortschritt war das nicht bestimmt, von den Nationalliberalen, aber hätte man noch ihrer Entwicklung in der Vergangenheit doch wohl mehr erwarten können.“ Die „Kreuzzeitung“ meint, die Konservativen könnten dem gelassen zukehren, sie ziehen „keine opportunistische Schauspielpolitik“, für sie sei das politische Pflichtbewusstsein der alleinige Maßstab. Und wenn auch dieser Grund zu zweiten unpopulär machen könnte, in Volle müsste sich doch die Überzeugung festigen, dass es eine Partei gebe, auf die unter allen Umständen Verlaß sei, wenn es sich um nationale Interessen und die Abwehr staatszerstörender Mächte handele.

Ob die „Kreuzzeitung“ im Ernst eine Zukunft erwartet, in der die Konservativen „populär“ werden könnten, die Partei, die im Aufruhr von „Pflichten und Lasten“ immer dann übermäßig gewesen ist, wenn die „Opfer“ von andern, von den Massen des arbeitenden Volkes gebracht und getragen werden mühen?

Die neue Partei.

Zu der Gründung der elzah-lothringischen Nationalpartei wird der Zentrum-Germania aus Straßburg gezeichnet, hinter Wettels standen namhafte Politiker, wie Blumenthal, Prell und fast der ganze Döhringer Block. Man habe es nicht für notwendig gehalten, den 1. Juni abzuwarten, um die Stellung der elzah-lothringischen Zentrumsmehrheit zu berücksichtigen. Keiner der Beteiligten hätte auch nur einen Augenblick darüber im Unklaren sein können, dass diejenige verlangte Verfassung auf den ersten Schlag nicht alle Wünsche befriedigen würde. Deshalb hätten alle alten Parteien schon am Tage nach der Genehmigung der gewährten „Abschlagszahlung“ zu verfechten gegeben, dass sie auch in Zukunft den Kampf um die volle Autonomie zu ihren vornehmsten Aufgaben rechneten. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, sei die neue Partei höchst überflüssig. „Handelt es sich nur um ein Wahlabkommen, um eine gemeinsame Aktion gegen den Großblock, so müsste diese Tendenz klarer zum Ausdruck kommen. Unter dem Aufruhr stehen auch zwei Namen von Mitgliedern der elzah-lothringischen Zentrumspartei. Von diesen hätte man zum mindesten erwarten dürfen, dass sie die Delegiertenversammlung am 11. Juni abgeworfen hätten. Denn ein solches Vorgehen kann nur Beweisung in den eigenen Reihen hervorruhen.“ Die schlechtesten Geschäfte müsste dabei das Zentrum machen. Der Nationalpartei gehörten Deute an, an die, wenn sie gewählt werden wollten, nur mit Hilfe des Zentrums einen Sieg eringen könnten. Es sei so gut wie ausgeschlossen, dass die Liberalen,

Demokraten, Sozialisten durch die neue Partei geschädigt würden. Im Eile wird das Zentrum als solches von der Nationalpartei keine nennenswerte Unterstüzung erhalten; in Lothringen, wo man in den früheren Jahren in wenig diplomatischer Weise gegen den Block vorgegangen sei, könne ein Zusammengesetzen des Zentrums mit dem Block gegen die Regierungspartei von Erfolg sein; aber dazu wäre eine neue Partei nicht nötig gewesen. Der Delegationsentscheid des Zentrums werde Klarheit schaffen; vielleicht vernehme man bis dann auch, ob die neue Partei allen Ernstes auf eine Aufführung der alten Parteien rechte.

Der kurze Summ der langen Ausführungen ist, daß die Gründung der elz.-lothringischen Nationalpartei, dem Reichszentrum herzig unbenutzt ist und daß es, obgleich es sich demütigt, den Wert und die Bedeutung der Neu-gründung abzuschwächen, unliebsame Überraschungen flüchtet.

Deutsches Reich.

Berlin, 8. Juni. Das Kaiserliche Gesundheitsamt verkündet das Auftreten der Cholera in Bremen und der weiteren Umgegend mit großer Aufmerksamkeit. Doch lag für dasselbe, wie das "Berliner Tageblatt" zu berichten weiß, kein Anhalt vor, legend welche Maßnahmen zu ergreifen. Die italienischen Behörden hätten übrigens eine amtliche Mitteilung über das Auftreten der Cholera in Bremen noch nicht gemacht.

— Einem badischen Zentrumsblatt entnehmen helle Blätter die unmöglich Nachricht, daß der Reichskanzler unserer Parteigenossen, den Reichstagsabgeordneten Frank, in Privataudienz empfangen habe. Während des Kampfes um die Verabschiedung für Elz.-Lothringen hat ein Zentrumsabgeordneter diese Währ im Reichstag verbreitet, wahrscheinlich, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten für die Vorlage stimmen.

Die Zentrumsgräber wollen keine Arbeitersanddäuren. Wie wir der "Münchener Post" entnehmen, haben die Vertreterinnen der Zentrumsgräber gegen 4. oder 5. April einen Wahlkampf in Cham-Reinburg v. W. den Amtsgerichtssekretär Vogel nach drei Wahlgängen mit 139 gegen 134 Stimmen als Reichstagsabgeordneten aufgestellt, während auf den bisherigen Abgeordneten Schirmer 134 Stimmen entfielen.

Die christlichen Arbeiter haben bekanntlich gedroht, daß für diesen Fall, trocken die Kandidatur Schirmer gegen den offiziellen Zentrumskandidaten aufgestellt werden sollte. Daß sie dazu den Mut aufbringen werden, ist fraglich zu beweisen. Sie werden wiederum in das katholische Hochland trecken, trocken sie überzeugt sind, daß die Zentrumsarbeiter berechtigten Anspruch auf energischere Vertretung ihrer Interessen in der Zentrumsaktion haben. Sie müßten unumso auf ihrem angeblichen Recht bestehen, da es sich in Bremen um eine offensichtlich ausgesprochene arbeitersfeindliche Politik des Zentrums handelt. Der nächste Reichstag soll neue Zollerbündungen beschließen, neue Zölle auf Gemüse und Milch einführen und deshalb will das Zentrum so wenig Arbeitersanddäuren wie möglich. Die ultramontane "Magdeburger Postzeitung" begründete die Ablehnung der Arbeitersanddäuren am 30. April d. J. wie folgt:

"Gelebt den Fall, ein solcher Kandidat würde gewählt, so wäre immerhin die Stellung eines solchen Abgeordneten eine helle und sein Einfluß auf die Gesetzgebung höchst zweifelhaft. Gewohnt von bürgerlichen Wahlern müßte er doch Interessen seines dauerlichen Wahlkreises vertreten. Wie steht es nun, wenn er von der Landwirtschaft und ihren Schwierigkeiten nichts versteht? Vertreter er die Interessen der Arbeiter, so versteht er vielleicht nicht die Interessen seiner Wähler und es ist höchst fraglich, ob das Wort eines solchen Abgeordneten im Plenum des Reichstags wirklich etwas gelten würde. Raum!"

Diese Ausführungen sind ein glattes Eingeständnis, daß die Zentrumspolitik eine agraristische, arbeitersfeindliche sein soll. Der Einwand, es kann ein Arbeitersanddäumt vielleicht nichts von der Landwirtschaft und ihren Schwierigkeiten verstanden, ist völlig hinfällig. Die christlichen Arbeitervertreter reproduzierten getreulich das in Vergangenheit und in der christlichen Gewerkschaftspresse, was ihnen von Wünden-Glaubach aus über die Segnungen der deutschen Agrarpolitik eingeredet wurde. Damit hätte es also seine Gefahr. Aber das Zentrum flüchtet, daß bei den kommenden neuen Belastungen für die Lebenshaltung der breiten Massen es doch wieder hilf und da ein sogenannter Arbeitersanddäumt in der Zentrumsfraktion wiede gegen den Stadel zu läden und um das zu verhindern, soll es ebenso wenig wie möglich Arbeitersanddäuren geben.

Notfälle. Der nationalliberale Waldehuter "Abbot" haite das Präsidium des Militärvereins-Verbandes etwas spöttisch daran erinnert, es wisse doch recht gut, daß in Baden unter dem Zeichen des Balles die Stichwahlen viele Mitglieder des Militärvereins schon für einen Sozialdemokraten gestimmt hätten und das gegebene Balles wieder tun würden, ohne erst das Präsidium des Militärvereins "um seine gütige Erlaubnis zu fragen". Weiter hatte das Blatt bemerkt: "Was lagen so alle die vielen jungliberalen Reervoßzücker, die zum Teil als Mitglieder, zum Teil als Vereinsvorstände oder Gauführer in badischen Militärvereinsverbänden fungierten? Lassen diese sich durch solche Resolutionen politisch mandat machen oder ziehen sie die Konsequenzen daraus?" Diese bedenkende Anfrage, wie sich die "vielen jungliberalen Reervoßzücker" zu der Resolution des Altpfälzerbundes des Deutschen Arbeiterverbandes stellen, durch die den Mitgliedern verboten wird, die sozialdemokratische Partei des Hauses oder Sitzwahlen durch ihre Stimme zu unterstützen, wenn sie die Mitgliedschaft des Arbeitervereins beibehalten wollen, verleiht der "Deutschen Tageszeitung" in einem Auffall von Tobacht. Törring leistet sie: "Wir sind im Zeichen des Blockliberalismus wohl weit gekommen, wenn nationalliberale Organe einen derartigen öffentlichen Appell an Reervoßzücker richten dürfen, die dem Kaiser und dem Landesherrn die Treue geschworen haben! Nach unserer

Überzeugung begehen Reervoßzücker, die einen roten Stimmzettel abgeben, eine ehrenvollere Verleugnung ihrer Eidespflicht, für die sie ohne weiteres aus dem Offizierkorps ausgeschlossen werden müßten." Die "Deutsche Tageszeitung" lädt dann noch hinz, durch die Bloßstellung der badischen Nationalliberalen seien der monarchische Gedanke und die elementarsten Begeisterungen von Pöbel und Treue gegen die Monarchie geschädigt und verwüstet worden!

Anarchistenkongreß. Ein — vermutlich polizeilicher — Berichtsstatter des "Berliner Lokalanzeigers" weilt aus Düsseldorf zu berichten:

Während der Anarchistenkongreß wurde in Düsseldorf der Jahreskongreß der Anarchistendekorationen Deutschlands abgehalten. Es waren hierzu aus 20 Orten 41 Delegierte erschienen, darunter fünf aus Berlin. In den teils öffentlichen, teils geheimen Zusammenkünften wurden Referate eröffnet, u. a. von Cohn-Berlin über den sozialen Generalstreik, sowie von Paul Nicolaus-Berlin über die Stellung der Anarchisten zu den nächsten Reichstagswahlen. Unter Hinweis auf die grundhafte Gegenwart zum Parlamentarismus wurde strikte Stimmenthaltung empfohlen. Als Hauptaufgabe der Dekorationen wurde die Proklamation des Antimilitarismus und die Einleitung einer anarchistischen Jugendbewegung angesehen. In Deutschland besteht z. Zt. zwei anarchistische Dekorationen mit dem Sitz in Berlin und in Kreisfeld. Die Verhältnisse dieser beiden wurde abgelehnt. Sie der geschäftsführenden Kommission der anarchistischen Dekorationen bleibt Berlin; zu ihrem Leiter wurde Paul Nicolaus-Berlin gewählt. Eine geheime Versprechung in einem besonderen Oval wurde, als die Polizei erschien, fortzuerklären. Die Loge in Marocco.

Die Regierung die Lage eher schlimmer geworden als besser. Vom Russland gebiet in Albanien werden jetzt Siege der Regierungstruppen gemeldet. Die bessere Bewaffnung und die Kriegskunst der regulären Truppen wird schließlich die Aufstände niederkämpfen; aber welches Opfer an Gold und Blut werden dann gebracht werden sein?

Die unschuldigen Offiziere. Unter den pensionierten und aktiven Offizieren herrscht Eregung wegen der von der Kammer verlangten und vom Senat verworfenen Heraushebung der Militärpersonen um rund 25 Prozent. Im Kriegsministerium sollen aus Salonski und anderen Orten Protektionsprogramme eingetroffen sein. Auch die Verschiebung der Reise des Kriegsministers soll mit dieser Angelegenheit zusammenhängen.

Der entflohene Agenten Richter. Ist noch nicht gefunden. Der Dolmetscher der deutschen Botschaft in Konstantinopel, Dr. Schnörkel, ist von seiner Seite nach dem Entführungsgefecht zurückgekehrt. Er äußerte, daß vor vierzehn Tagen keine Entscheidung zu erwarten sei. Die Bauern von Nekropolis verloren, eine Verbindung mit den Räubern herzustellen. Durch Vermittlung eines ehemaligen Bandenführers wird eine Verbindung mit den Räubern hergestellt. Nach türkischen Quellen ist der Schlußwinkel der Räuber bei Izadja; von anderer Seite wird ein griechischer Kämpfer genannt.

Marocco.

Die Loge in Marocco ist die in einem Hexenkessel. Die Eregung unter den eingeborenen Stämmen ist eine große. Die Bergungs- und Stoßexpeditionen der Franzosen im Auftrag des Sultans erregen den Fremdenhass der Araber und Berberstämme natürlich nur noch mehr. Dabei wird zuletzt die Mithraeum gegen Fronten. Das wird natürlich von der Chauvinistinpreß aller interessierten Staaten fröhlig gefeiert. Der neue Fall Mannesman, wodurch ein Ingenieur der Flotte von den Franzosen ausgeworfen worden sein soll, wird dazu natürlich fröhlig ausgenutzt, doch scheinen die verantwortlichen Sellen kleine Rübe zu bewahren. Nach den Erfundungen Berliner Blätter handelt es sich bei der Geschichte von der angeblichen Vertreibung des Mannesmannschen Ingenieurs Dr. Bertram in Osmarocco um eine tendenzielle Darstellung. Die deutsche Botschaft in Tangier habe dem Ingenieur zur Befreiung geraten, als er sich in die aufgeriegelten Gedärme von Debba und am Muhammadien begeben wollte, doch habe Bertram volle Freiheit gehabt, sich auf sein eigenes Boot hin nach Sidi-Bel-Abbas in dieser Gegend aufzuhalten. Es liege keine Veranlassung vor, sich mit diesem "neuen Mandar" der Gebrüder Mannesman zu beschäftigen.

Alte politische Nachrichten. Der preußische Prinz Friedrich Wilhelm ist zum Landrat des Kreises Frankenfeld ernannt worden. In Jena soll eine staatliche Apotheke errichtet werden, die ihren Geschäftsbereich zunächst auf den Bedarf der Landesherrnhaushalte beschränken soll. In Kopenhagen ist der Parteigenosse Hordum, Mitglied des Volkshauses und Sekretär der sozialdemokratischen Partei, gestorben. — Der bekannte französische Politiker Rouvier ist infolge eines Augenklappes gestorben. — Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Republik Nicaragua haben einen Vertrag über die Befreiung von Dardelen an die Vereine angelassen.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Zugang von Böttchern und Klempnern nach Enden ist streng fernzuhalten, da ersteren Streiken, letztere ausgepeist sind.

Aus der Fleischergesellen-Bewegung. Einen schwierigen Kampf haben die Fleischergesellen um ihr Kooperationsrecht zu führen. Schließlich ist einige Fleischergesellen dem Verbände an, sofort wird von den Meistern das schwere Geschütz ausgeschabt. Verlust ein Unternehmer gegen den Stachel zu lösen, so wird er beim Bezug der Rohprodukte (Brot usw.) geschädigt. Außerdem wird durch Konventionalstrafen verucht, die Meister einzufürchten und jede Bezahlung mit der Gesellenorganisation zu vereiteln. Unterstüzung finden die Meister durch die ihnen mit erheblichen Geldmitteln unterstützten Bruderschaften. Diese haben sich förmlich zu einer gelben Schutzeinheit entwickelt.

Zur Zeit wird ein solcher Kampf um das Kooperationsrecht in Bremen geführt. Schematisch wurden die organisierten Gesellen aus der Arbeit gedrangt. Die Arbeitschaft ist durch Beschluß des Gewerkschaftsrates der Fleischergesellen zu Hilfe gekommen. Sofort griffen die Meister zum schärfsten Terrorismus gegen ihre Kollegen, die das freie Kooperationsrecht achteten wollten. Der Bischöflichkeit wurde aber durchbrochen. Jetzt versuchen die Meister, die Räuber durch allerlei Plakate zu terrorisieren. Die gut disziplinierte Bremer Arbeitschaft wird indessen dem Kooperationsrecht der Fleischergesellen in Bremen Achtung zu verschaffen wissen.

Auch in Frankfurt a. M. ist eine Bewegung um Sicherung des Kooperationsrechts im Gange.

Beseitigung des Berliner Bäckerstreits. In einer Mitgliederversammlung wurde eine Resolution angenommen, durch die wegen des günstigen Standes der Bewegung der Streit für beendet erklärt wird. Von den 3400 in Frage kommenden Bäckereien, in denen im ganzen 6300 Gesellen beschäftigt werden, haben 2220 Bäckereien mit 4603 beschäftigten Gesellen bewilligt. Während der letzten Zeit haben sich täglich etwa noch 320 Streikende zur Kontrolle gemeldet. Die Versammlung spricht der Berliner Arbeitsbeschaffung für die Unterstützung im Kampfe ihren Dank und ihre Anerkennung aus und erachtet die Verdienste um weitere Unterstützung im Kleinkampfe, damit die errungenen Vorteile dauernd beibehalten, noch vorhandene Wirkungen entgültig befestigt werden und vor allem der erklärte Ruhestag erhalten bleibt. Den Verbandsmitgliedern wird zur Pflicht gemacht, die Organisation weiter auszubauen.

Am Freitag wird die lezte Streikunterstützung zur Auszahlung kommen. Der Kleinkampf gegen die Bäckerei, die nicht bewilligten, soll in verschärfter Form weitergeführt werden.

Türkei.

Die innre Loge der türkischen Monarchie ist zurzeit eine sehr schwierige. Heftige Parteidämpe durchlitten das parlamentarische Leben. Während eines heftigen Konflikts zwischen der Volkskammer und dem Senat hat die Regierung das Parlament zu Hause geschlossen. In der Regierung sitzen in der Mehrheit konervative Politiker, die gerne Rückwärtsrevolutionen möchten. Die Minderheitsparteien werden innerhalb und außerhalb des Parlaments vergewaltigt. So hat man in Macedonia, wohin der Sultan eine Reise macht, einfach für die Dauer der Reise die bekannten Sozialdemokraten eingesperrt.

In Albanien steht der Bürgerkrieg weiter. Da der Stamm der Mazedonien gleichfalls im Aufstand gegen das Regiment in Konstantinopel steht befindet, so ist für die



werden. Man erwartet, daß in allmählicher Zeit 5000 Gefallen unter den neuen Bedingungen beschäftigt werden.

Lokales.

Münster, 8. Juni.

Angeblicher Terrorismus.

Um „Wilhelmsch. Tagebl.“ und der „Wilhelmsch. Blg.“ lesen wie folgende Notiz:

Terrorismus. Aus dem Bureau des Arbeitgeberverbands wird uns geschrieben: Bei dem in der Ackerstraße wohnhaften Tischlermeister C. Rösch verlangten am Sonnabend morgen die im freien Holzarbeiterverband organisierten Tischler die Entlassung eines in den gesetzlichen Gewerkschaften organisierten Kollegen mit der Begründung, daß es ihnen unmöglich sei, mit einem Tischler zusammen zu arbeiten, der einer anderen Organisation angehört. Als Herr R. sich wehrte, diesem Kollegen statzugeben, legten sämtliche frei organisierten Gesellen die Arbeit nieder. Es liegt uns fern, die Gemahltum der die freien Gesellen organisierten Arbeitschaft für die mangelnde Erziehung Einzelner verantwortlich zu machen, da andere Organisationen ethisch destruktiv sind, die abgeschlossene Tarifverträge einzuhalten. Es ist aber innerhalb dieser Zeit hier das zweite Mal, daß Mitglieder des freien Holzarbeiterverbandes versuchen, andererhanden Arbeiter brotlos zu machen. Welches Geschick würde man im jenseitigen Lager erheben, wenn die heischen Arbeitgeber in den Holzbranche gleichfalls zu dem Mittel der Brotschmachung greifen, um es den frei organisierten Tischlern destruktiv zu machen, daß es die Blüthe jedes anständigen Menschen ist, die religiöse und politische Überzeugung Andersgläubiger und Andersdenkender zu achten?“

Die Notiz läßt zunächst die Deutung zu, daß der Holzarbeiterverband im Gegenzug zu den andern freien Gewerkschaftsverbänden ein falsches Verfahren, wie es den drei Tischlern zum Vorwurf gemacht wird, aufweist. Das ist aber nicht der Fall. Ein Blick in das Verbandsstatut wird das den Herren im Arbeitgeberverbandbüro zeigen. Wenn der Fall so liegt, so wird ihn der Verband ebenso wenig gutheißen wie wir und andere, welche alle feinlichen zünftischen Kampfmethoden ablehnen. Die hiesige Ortsverwaltung kann daher nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Das erklären auch die Angeklagten. Nach ihrer Erklärung liegt die Sache aber nicht so. Sie haben nicht die Arbeit niedergelegt, weil sie nicht mit dem in einer gesetzlichen Gewerkschaft organisierten Kollegen zusammenarbeiten wollen, sondern weil der Tischlermeister Rösch sich zu dem Arbeitsaufschwung des Gesellen feindlich stellt und ihn systematisch schlägt. Den Gesellen kommt es aber nicht gleichzeitig sein, wenn sie einen Arbeitsaufschwung unterhalten und Arbeitslose unterstützen müssen, während die Arbeitgeber von der Strafe weg die Gesellen nehmen und den Nachweis dorthin versetzen. Die Herren im Arbeitgeberverband sollten überlegen wissen, daß auch in den gelegten Berufen die Verbeförderung von „Bahnjägern“ vor kommt und daß man darunter auch Mitglieder solcher Vereinigungen steht, mit denen man im Unfrieden lebt. Es ist daher wirklich nicht an Platz, in dem angeführten Falle von einem Alt **aber** schrecklichen Terrorismus zu reden.

Der Konsum- und Sparverein hält heute Abend im „Odeon“ für die Mitglieder seiner Vertretungsstellen I., IV. und IX. eine Mitgliederversammlung ab, worauf aufmerksam gemacht wird.

Operette „Aber“. Die so schnell delikte geworden Operette „Die leidliche Susanne“ kann vorsichtig nur noch am Donnerstag, Freitag und Sonnabend zur Aufführung kommen, die wegen der Kritik des Galatees der neueste Operettenschlag „Die politische Wirtschaft“ in den Spielplan aufgenommen werden muß. „Die politische Wirtschaft“ konnte in Berlin schon an dreihundertmal wiederholt werden. Herr Direktor Michels hat es sich angelegen sein lassen, diesen neuen Schlag ganz nach dem dortigen Muster zu inszenieren und auch auszuführen. Die erforderlichen politischen Nationalstolze sind gänzlich neu und nach dem Vorbild der Berliner Bühne angefertigt und lassen an Gelegenheit und Pracht nichts zu wünschen übrig.

Wilhelmshaven, 8. Juni.

Bürgervorsteher-Wahl. An Stelle des hier verzögerten Vorsteher-Sitzes muß an anderer Bürgervorsteher für den 5. Bezirk gewählt werden. Die Wahl ist auf Freitag den 16. Juni, abends 9 Uhr, festgesetzt worden. Der Wahlbezirk umfaßt: Koenigsstraße 22–72, Königliche zwischen Götterkirche und Landesgrenze, Wallstraße 23–97, Kurze Straße, Marienstraße, Wallstraße, Götterstraße zwischen Koenig- und Königstraße, Wallstraße 27 und 28, Bantener Straße, Deichstraße, Luisenstraße, Valoisstraße, Admirals-Alleestraße.

Zahlt eure Steuern! Wir machen darauf aufmerksam, daß wir für das erste Vierteljahr 1911 fälligen Steuern bis zum Sonnabend dieser Woche eingezahlt werden müssen, weil die Steuerfahrt am 12., 13. und 14. Juni geschlossen ist, und hierauf sie die Säumigen der wenig Mahngelte erscheint.

Internationales Fischerleben in der Nordsee. Der französische Fischerkreuzer „Obis“ und ein mit zwölf Booten ausgerüstetes französisches Hospitalschiff beteiligen sich in diesem Sommer am Fischereidienst in der Nordsee. Aus diesem Anlaß ist nach den Mitteilungen des Deutschen Seefischervereins ein dankenswertes Vereinigungskomitee zwischen den maßgebenden deutschen und französischen Kreisen zu stande gekommen. Die französischen Schiffe werden deutschen Fischern, die einer bedürfen, auf Flaggensamur hin dieselbe Unterstützung gewähren, die der deutsche Fischerkreuzer „Obis“ und das holländische Fischerkreuzerlinn ihnen in Krankheitsfällen usw. an Bord zu treten weißt.

Verhaftet wurde in Oldenburg ein auf Urlaub befindlicher Marinesoldat, der durch Einbruch in eine Wirtschaft

am Wall sich in Besitz dessen Weine und Zigarren gelehnt hatte. Als er bei Bekannten die gestohlenen Sachen zum Verkauf gab, fiel der Verdacht auf ihn und wurde die Polizei benachrichtigt.

Aus dem Lande.

Zeitz, 8. Juni.

In den Besitz einer Postreise war der 11jährige Sohn eines Zimmermeisters in Schlebenberg gelommen und brachte dabei mit einem Nagel zur Explosion. Hierbei wurde eine Hand schwer verletzt und mußte der Knabe sofort ins Krankenhaus befördert werden.

Delmenhorst, 8. Juni.

Beim Fensterputzen abgestürzt ist am gestrigen Tage ein Dienstmädchen aus der unteren Etage eines Hauses. Das Mädchen hielt sich bei ihrer Beschäftigung an dem Hebel des Oberlichtes fest, als dieser plötzlich abbrach und das Mädchen etwa zwei Meter tieb abstürzte. Glücklicherweise kam es außer einigen Hautabschürfungen mit den Schreden davon. Möge dieser Vorfall eine ernste Warnung sein, beim Fensterputzen überhaupt nicht auf den Fenstersims aufzuhalt des Geduldus zu treten.

Ganderkesee, 7. Juni.

Eine Blutvergiftung zog sich eine hier ansässige Frau zu, die trotz einer Fingerverletzung das Blumen der Wälder besorgte. Durch schnelle ärztliche Hilfe ist zwar jede Gefahr beseitigt, doch dachten noch Wochen vergehen, ehe eine vollständige Befreiung der Infektion überwunden sind.

Erkrankt ist im nahen Hengsteholz in der sog. „Poppenkuhle“ am Wege Hengsteholz–Immer der 2½ Jahre alte Sohn des Molkeebelsbers Adler. Obwohl der Unfall gleich demerkt wurde, hatten Wiederbelebungsversuche keinen Erfolg. Auch ärztliche Kunst konnte nicht mehr helfen, sodass anzunehmen ist, der kleine Knabe hat bei dem Sturz in das Wasser einen Herzschlag erlitten.

Enden, 8. Juni.

Der Böttcherstreit dauert noch unverändert fort. Die Böttcher hatten wohrsichtig gedacht, daß gar bald Einzelne abfallen und reumäßig zurückkehren würden. Die Hoffnung war aber eine trügerische, und so lag nun sich veranlaßt, an eine Anzahl Böttcher ein hellographiertes Schreiben zu senden des Anhalts, daß die Böttcher in Zukunft ihre Fächer von Fabriken deponieren und für die Arbeiter eine Anzahl Arbeiter annehmen würden. Wie die Arbeiter der Böttcher auf Herlingsböttcher nur oberflächlich kennliefen, über ein solches Vorhaben, und die Kinder Herlings gewaltig werden wohl bald einsehen müssen, daß auch sie den Arbeitern als gleichberechtigter Faktor bei Abzug des Arbeitsvertrags zu betrachten haben. In den nächsten Tagen müssen die Böttcher nach einander die Anwesen antreten; werden die total eingetroffenen Böttcher mit Hilfe der umgebenden Kräfte auch nur notdürftig dicht gemacht werden können? Dies ist vollständig ausgeschlossen, und die Böttchertore werden gut tun, baldigt mit ihren Arbeitern Frieden zu schließen. Am Dienstag hätte sich auch ein Arbeitewilliger gefunden, aber beim Andblit der ihm horrenden Arbeiters hat er es vorgezogen, wieder fortzugehen, sehr zum Missvergnügen eines Meisters, der ihn wiederholz ausfragte, ob er vielleicht von den Ausländern bedroht worden sei, dann würde er von der Polizei genügend bestraft werden. Nun, der Meister mag sich beruhigen, die Böttcher wissen schon, wie sie sich zu verhalten haben; sie halten die Ausländer auch ohne Gewaltmittel zurück und hoffen auf baldigen Erfolg.

Keine Mitteilungen aus dem Lande. In der Nacht zum zweiten Augustnachmittag brannte in 3½ Stunden das Anwesen des Schuhmeisters Büttner nieder. Er hatte nur niedrig verdeckt und erlitt dabei einen bedeutenden Schaden. – Bei Groß- und Kleinland (Sylt) wütet ein heftiger Moorbrand, der schon einen bedeutenden Umschlag annimmt.

Aus aller Welt.

Die Cholera in Italien. Die Zahl der in Benedikt erkannten Personen dienten 30 nicht abzuleben und glaubt man, daß die Krankheit nicht weiter um sich greift. Die Cholera dürfte aus Apulien nach Benedikt verschleppt sein. An Bord des in Triest aus New York eingetroffenen Cunard dampfers „Saxonia“ starb ein Passagier an der Cholera. Somit ist Triest heuerfrei.

Die Freude der schlechten Romane. Zwei junge Deutsche, der 17jährige Dragot Bini, genannt Wüllmann, aus Wittenburg in Mecklenburg und der Schiffsmechaniker Wolfgart aus Wittenburg schließen sich Dienstag morgen gegen 7 Uhr auf einen Raubdämonen des Kaiser-Wilhelm-Boog und stachen in See. Der Eigentümer Schmiede verfolgte sie mit einigen Jägern in einem Motorboot und überholte sie. Als der Jäger die beiden Räuber zur Rede stellte, wurde er von dem gebürtigen mit einem Jagdgewehr erschossen. Daraufhin luden die Verfolger mit dem Motorboot Schmiede nach Böhmen zurück und alarmierten die dortige Polizei, die auch sofort, mit Gewehren bewaffnet, mit dem Staatsdampfer Emmaborg die Verfolgung aufnahm. Beim fünften Feuerwerk wurde der Raubdämonen eingeholt. Die Räuber schossen noch auf andere Raubdämonen, ergaben sich aber bald und wurden gefestigt nach Cuxhaven in das Amtsgerichtsgefängnis gebracht.

Der verschwundene französische Militärflieger. Am zweiten Augusttag ließ der Asiatier Leumann Bogue in Riga auf, um nach der Insel Rostla zu fliegen. Er ist aber wieder dort noch auf der Insel Sardinien angelangt und beschließt man, daß er ins Meer gestürzt und umgekommen ist. Eine Torpedoschiff sucht das Meer zwischen Toulon, Riga und Rostla ab.

Keine Tageschronik. Am Baumholzweg in Berlin vergriff sich die 53jährige Witwe Blod mit ihrer 23jährigen Tochter durch Einbrechen von Bruchgas. Mutter und Tochter wurden tot in der Wohnung aufgefunden. – Bei einem großen Brande in einer Schweißerei in Halbe a. S. kamen 200 Schweine in

den Flammen um. Weitere 200 Schweine mußten getötet werden. – Der 44 Jahre alte Schießereiführer Salter in Erlangen ermordete seine Frau durch Selbstmord. Der Täter ist flüchtig. – Nach Unterholzung von 2000 Mark ist der Käffleiter der Sparvereins in Dies a. E. Hopmann a. D. Siebzehn, verschwunden. – In der westfälischen Brokholzaltestadt Ronkau starb in bei Ronkau Lind über zwanzig Personen an Typhus erkrankt. Eine Person ist gestorben. – Von Heringstein (Schweden) kündigten zwei Seminaristen ab und wurden schwer verletzt. – In den Zypeler Alpen läuft die Gardesleutnant v. Zelt aus Berlin ab und war sofort tot. – In Zaripyn (Rumänien) wurde ein Mann verhaftet, der eingefangen, während der letzten drei Jahre 61 Personen ermordet zu haben. – Nach Unterholzung von 400 000 Rubel wurde aus Charlow (Rumänien) der Banditkönig Süderstein flüchtig.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 8. Juni. Der Reichsanzeiger veröffentlicht das Gesetz über die Besetzung Elsass-Lothringens und das Gesetz über die Wahlen zur Zweiten Kammer des Sonntags für Elsass-Lothringen. Das erstmals Gesetz tritt hinsichtlich der Bestimmungen über die Bildung des Landtags mit dem Tage der Verkündigung in Kraft, im übrigen an einem durch Kaiserliche Verordnung festzulegenden Tage, spätestens am 1. Januar 1912. Das zweite Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Lüneburg, 8. Juni. Bei den Wald- und Heidebränden in der näheren und weiteren Umgebung wurden 4500 Hektar Wald und Heideflächen zerstört.

Elmsdorf, 8. Juni. Zwischen den streitenden Lederarbeiter und der Polizei kam es zu einem Zusammenstoß. Es wurden Revolverschüsse gewechselt und Steine geworfen.

Teplitz, 8. Juni. Der Berliner Schnellzug fuhr bei seiner Einfahrt über den Holzpunkt hinaus gegen den Gleisbalken. Durch den Unfall wurden 12 Reisende und 1 Schaffner verletzt.

Bar-sur-Aube, 8. Juni. Mehrere Gemeinden haben auf den Rathäusern rote Fahnen gehisst. Es herrscht in allen Dörfern des Weinberges, deren Bewohner sich durch den Beschluß des Staatsrates geschädigt glauben, grobe Erregung.

Clement-Ferrand, 8. Juni. Der internationale Friedenskongress hat gestern seine Arbeiten beendet und im Anschluß an seine Beratungen einen Beschluß gefasst, der dem Wunsche nach einer Beschränkung der militärischen Rüstungen entspricht. Clement-Ferrand, 8. Juni. In der Deputiertenkammer brachte der Republikaner Chiochia heute einen von elf anderen Abgeordneten der sozialen Partei unterstützten Antrag ein, die Kammer solle die Regierung auffordern, eine energische internationale Aktion für die Anwendung des Artikels 23 des Berliner Vertrages auf Albanien herbeizuführen. Dieser Artikel sieht die Einschaltung ähnlicher Reglemente, wie sie für Kreta bestehen, auch für andere Teile der europäischen Türkei vor.

Washington, 8. Juni. Die Gefährlichkeit der Vereinigten Staaten in Lissabon hat die Weisung erhalten, die portugiesische Regierung im Namen der Vereinigten Staaten gleich nach Annahme der neuen Verfassung durch die konstituierende Versammlung offiziell anzuerkennen.

Mexico, 8. Juni. Bei dem Erdbeben, das dieser Tage die Republik heimsuchte, wurden 63 Personen, darunter 12 Frauen, getötet und 75 verwundet.

Der Diktator Madero hält unter seinen Gegnern furchtbare Misshandlung. Im Bezirk Arizona sind bei Campania im Altstadtteil 28 Gegner Maderos, sogenannte Liberales, summarisch erschossen worden.

In Mexico kam es am Dienstag bei einer Demonstration von Frauenrechtlerinnen in Santa Julia, einer Vorstadt von Mexico, zu Ruhelösungen. Die Gendarmerie feuerte und verwundete neun Personen.

Blutige Ausschreitungen gegen Chinesen werden aus San Luis Potosí (Hauptstadt des gleichnamigen mexikanischen Staates) gemeldet. Bewaffnete Banden töten den Eisenbahnverkehr zwischen den Städten Mexiko und Veracruz. Maderisten und Sozialisten gerieten in blutigen Konflikt. In Santa Antonio im Staat Chihuahua gab es eine Zahllose Tote. Mehrere Anhänger des Ex-Präsidenten Diaz sind in New York eingetroffen und beraten über die Errichtung der Präsidenschaft für ihre Partei.

Mexiko, 8. Juni. Madero ist, begleitet empfangen, gestern in die Stadt eingezogen.

Wetterbericht für den 9. Juni.

Wieder trockne, geringe Wärmedifferenz, keine oder geringe Niederschläge.

Hochwasser.

Freitag, 9. Juni: vormittags 11.47, nachmittags —

Arbeiter und Handwerker aller Berufe.

Beachtet bei Eurer Arbeit im Interesse Eurer Gesundheit und Eurer Familie die Arbeiterschutzbestimmungen uns' genaueste und dringt auf deren Einhaltung. Das ist nicht nur Euer Recht, sondern auch Eure Pflicht!

Berantwort. Redakteur: C. Weiß in Barel. Verlag von Paul Hug, Notationsdruck von Paul Hug & Co. in Kiel.

Hierzu eine Beilage.



Konsum- u. Sparverein
für Bant und Umgegend
E. G. m. b. H.
Wir empfehlen unseren Mit-
gliedern unsere

Sparkasse
zur fleissigen Benutzung.
Einlagen werden mit 4 Proz.
verzinst. Täglich geöffnet vorm.
von 10½ bis 12½ Uhr, nachm.
von 3½ bis 5 Uhr.

Der Vorstand.

— Empfehlung: —
Große und kleine Schellfische,
Schollen, Kärrhahn,
Seelachs, Käblinn,
Fischkarbonade, Rotzungen,
Herrnbutt, lebende Schleie,
lebende Aale, Suppenkrebs,
fa. Matjesheringe.
Befonders preiswert **Herrnbutt**,
Pfund 60 und 75 Pf.

J. Helms, Fischhandl.,
Bismarckstraße,
Wilhelmsh. Straße 26, Tel. 455.

Reparaturen
an Fahrrädern, Nähmaschinen
und Motoren aller Systeme führt
prompt und billig aus

Aug. Hillmann
Rüstringen I, Börgerstr. 4.

Ohmstede.
Empfiehlt meine Wirtschaftsräume mit Aufzimmern, guter
pflegtem Garten und verdeckter
Regelstuhlen den werten Vereinen
bei Spaziergängen und Ausflügen.
Für gute Speisen und Getränke
wird bestens gesorgt.

E. Rönnpagel
nahe der Kirche.

Schürzen

in aparten Mustern stets vorrätig
Martha Kappelhoff
Ecke Roon- und Deichstrasse

Schollen 15, 20 Pf.
Schellfische 15, 18, 22, 25 Pf.
Fischkarbonade, abgezogen 28 Pf.
Käblinn, Seelachs 13 Pf.
Rotzungen, mittel 25 Pf.
Reine Matjesheringe 12 Pf.
G. Feldhausen, Nordsee-Fischhalle,
Rüstringen I, Börgerstraße 1.

Verkaufsr. Schweinefleisch
Lebern und Blutwurst
zu billigen Preisen Freitag nach-
mittag 6 Uhr bei
Gastwirt **Jacobs**, Mühlenweg.

Verkauf von frischem
Schweinefleisch
am Freitag den 9. Juni
abends 6½ Uhr.
Bret. Bismarckstr. 38, im Laden.

Zu verkaufen 2 Bettstellen mit
Matratzen. Zu er-
fragen bei **Nichtermeyer**, Siebdeich-
halle, Ecke Hinter- und Neue Straße.

Ihr Fahrrad
muß unbedingt repariert werden,
bringen Sie
Ihr Fahrrad auf dem schnellen Wege zu
— Reparatur nach —
W. Ballach, Tonndeichstr.
(beim neuen Wasserturn.)

Radbod.

Das Verfahren gegen die verantwortlichen Betriebsleiter und Steiger eingestellt.

Der Draht, der in den trüben Novembertagen des Jahres 1908 die Schreckschlacht auf der verheerenden Grubenkatastrophe auf der Zeche „Radbod“ in alle Welt trug, hat am Vorabend des Pfingstfestes die Nachricht verbreitet, daß ein manchmaliges Verhüten an dem Tode von 350 Bergleuten nach Ansicht der preußischen Justizbehörden ausgeschlossen sei. Der Staatsanwalt in Münster hat die Einstellung des Verfahrens gegen die Betriebsleiter, Steiger, Kiesels und Schießmeister beantragt und die zuständige Strafammer des Landgerichts hat demgemäß beschlossen.

Wer das Wesen der preußischen Justiz kennt, und wer sich klar ist über die Stellung der Justizbehörden zu der herrschenden Rasse, der wird sich nahezu nicht einen Augenblick über den Gerichtsbeschluss wundern. Ein Soldat war zu erwarten, und zwar umso mehr, als die Vorrangstellung in einer Weise geführt wurde, die ein starkes Mißtrauen in die Objektivität des Sachverständigen des Staatsanwalts ohne weiteres rechtfertigte. Nieder der marktwürdige Rolle, die dieser Sachverständige, Bergwerksdirektor Niedenstein (Dortmund) in der Vorrangstellung gehabt hat, machte Genosse Rechtsanwalt Heine (Berlin) im dem Bochumer Radbod-Prozeß sehr bezeichnende Äußerungen, die verbielen zur besseren Würdigung des Gerichtsbeschlusses heute wieder in die Erinnerung zurückzurufen werden. Direktor Niedenstein glaubte seine volle Objektivität nicht besser befunden zu können, als daß er die Hauptbelastungszeugen, die für die Zeche sehr ungünstig aussagten, beim Staatsanwalt wegen der in der Vorrangstellung gemachten Auslagen des Meineids demunzierte. Herr Bergarbeiter Niedenstein hat mit seiner Anzeige allerdings schwer Flazio gemacht. Über die Meineidsanzeige ist um deswegen so sehr wichtig, weil der Beschluß des Münsterischen Gerichts und der Antrag des Staatsanwalts zum guten Teil auf dem Gutachten basierten, basieren müssen, das ein Sachverständiger erstaunt hat, der den Mangel seiner Objektivität in einer geradezu ungeheuerlichen Weise dokumentiert hat.

Das Gericht hat das Verfahren eingestellt, weil es die in Frage kommenden Personen für schuldlos hält. Von einer absoluten Schuld einzelner Personen wird man allerdings wohl leben können. Von einer absoluten Schuld ist auch in Bezug auf die verantwortlichen Betriebsleiter der Zeche „Radbod“ nie geprahnt worden. Diese Personen kommen höchstens als Träger des Systems in Betracht. In erster Linie handelt es sich denn auch um das System. Der große Radbod-Prozeß gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat dieses System in seiner ganzen Radikalität gezeigt. Das Ergebnis der neuzeitlichen Verhandlung ist unauflösbar und das System Radbod ist danach gerichtet, gerichtet trog der Beurteilung des Redakteurs der „Bergarbeiter-Zeitung“, gerichtet trog des Gerichtsbeschlusses der Strafammer in Münster!

Das System begann schon beim Abteufen des Schachts. Nach den unglaublichen Ausschüttungen eines Sachverständigen im Bochumer Radbod-Prozeß wurde auf „Radbod“ schon beim Abteufen des Schachts ein Rekord aufgestellt, der im ganzen Kohlenbergbau nie wieder erreicht wurde. Dann sollten Kohlen, Kohlen und nochmals Kohlen gefördert werden. Der Rekord des Schachtabteufens sollte auf die Kohlenförderung übertragen werden. Bei diesem Versuch brach die Katastrophe herein.

Zum System Radbod gehört auch die Zahlung unzureichender Gehälter, die — wie eine ganze Anzahl Jungen in Bochum beobachtet — so unzureichend waren, daß nur bei der allergrößten Anstrengung ein halbwerts angemessenes

Einkommen zu verdienen war. Der Arbeitsvertrag, das Gedinge wurde ganz einheitlich defektiert. Wenn das nicht passte, der konnte gehen. Die Behandlung der Bergarbeiter durch die Steiger — auch das ist in dem Bochumer Prozeß mehrfach ausgelegt — war durchaus unangemessen. Alle diese Momente, aus denen kein mancherlei andere Unregelmäßigkeiten entwischen können, gehörten zum System.

Zum System gehörten auch eine große Menge Betriebsmäßigkeit, die auf Radbod, wie im Bochumer Prozeß unwiderrücklich festgestellt wurde, in Reinheit bestanden, bestanden trog der gegenteiligen Meinung des Herrn Staatsanwalts in Münster.

In dem Einstellungsbeschluß wird die Weiterführung auf der Zeche „Radbod“ als gut bezeichnet. Demgegenüber haben in Bochum eine ganze Anzahl Bergarbeiter als Jungen eidlich befunden, daß sie ganz außerordentlich unter den schlagenden Wettern zu leben hatten. Auch der Bergarbeiterbeamte, Berginspektor Hollender hat das häufige Vorkommen solcher Weiter rüchtkalt eingräumt. Herr Hollender entschädigte die dieser Gelegenheit das sehr wertvolle Geständnis: Dass es auf „Radbod“ überhaupt und überall sehr gefährlich gewesen sei.

Die Staatsanwaltschaft in Münster sieht die Sache demnach weit rosig an, als selbst der Königliche Rechtsbeamte. Erstlich ist dieser Gegenstand vielleicht dadurch, daß der Staatsanwalt großes Gewicht auf die entsprechenden Aussagen der Steiger der Zeche „Radbod“ gelegt hat. Diese wußten, oder wollten — im Gegensatz zu dem Bergarbeiterbeamten — auch in Bochum überhaupt nichts von Schlagwettern wissen.

Eine kritische Nachprüfung der auf Radbod aufgetretenen Wettern ist indes gar nicht möglich; denn auf „Radbod“ wurde — nach den einwöchigen Feststellungen im Bochumer Prozeß — ein nach den gesetzlichen Bestimmungen im Interesse der Sicherheit der Gruben zu führendes Weiterbuch überhaupt nicht geführt. Die Unterlassung der Führung des Weiterbuches mußte selbst der Sachverständige, Oberbergrat Hallermeier, als einen Verlust gegen die gesetzlichen Bestimmungen bezeichnet. Ein anderes Weiterbuch wurde allerdings geführt. Mit Bezug auf dieses Weiterbuch führte der damalige Verteidiger, Genosse Heine, in Bochum in seinem Plädoyer aus: Die Führung dieses Weiterbuches sei eine vollen Komödie gewesen, und das Buch sei erschöpft der Wahnsinn und den Tatbahren zuwidern geführt worden.

Die Ausschüttungen über die Weiterverhältnisse auf „Radbod“ im Gerichtsbeschluß würden allerdings außerordentlich an Wert einbüßen, wenn sie auf den Eintragungen in diesem Weiterbuch basierten. Die Tatfrage, daß das vorgeschriebene Weiterbuch auf „Radbod“ nicht geführt wurde, ist ansonsten gar nicht zur Kenntnis der Münsterischen Gerichtsbehörden gelommen.

Die Frage, ob das Auftreten von Kohlenstaub für den Umfang der Explosion eine erhebliche Rolle gespielt hat, wird in dem Einstellungsbeschluß verneint. Darüber, daß der Kohlenstaub für die Sicherheit der Grube eine eminente Gefahr bedeutet, besteht kein Streit. Es wurde doch demnach nur um den Nachweis handeln, daß tatsächlich Kohlenstaub auf „Radbod“ vorhanden gewesen ist. In Bochum hat hierüber eine ganze Anzahl Zeugen ausgesagt, daß der Kohlenstaub so stark aufgetreten sei, daß sie sich bei der Arbeit gegenwärtig nicht halten können. Ein Kohlenstaub dient es demnach auf „Radbod“ nicht gehabt haben, und die Argumentation des Richter in Münster, daß dieser Kohlenstaub keinerlei Einfluß auf den Umfang der Katastrophe gehabt habe, ist nicht gerade sehr überzeugend.

Das starke Auftreten des Kohlenstaubes ist zumindest sicherlich auf den geradezu monströsen Wasserdruck auf „Radbod“ zurückzuführen. Auf „Radbod“ gab es nach den unwiderrücklichen Ausschüttungen eines Sachverständigen im Bochumer Radbod-Prozeß wurde auf „Radbod“ schon beim Abteufen des Schachts ein Rekord aufgestellt, der im ganzen Kohlenbergbau nie wieder erreicht wurde. Dann sollten Kohlen, Kohlen und nochmals Kohlen gefördert werden. Der Rekord des Schachtabteufens sollte auf die Kohlenförderung übertragen werden. Bei diesem Versuch brach die Katastrophe herein.

Zum System Radbod gehört auch die Zahlung unzureichender Gehälter, die — wie eine ganze Anzahl Jungen in Bochum beobachtet — so unzureichend waren, daß nur bei

legten Bekundungen einer unendlich langen Reihe von Zeugen nicht standenlang, sondern tagelang sein Wasser. Selbst die Steiger mußten dies zugeben. Der Sachverständige Werner, der Vorsitzende des Steigerverbandes, erklärte, er habe auf seiner Zeit eine solch unzureichende Wasserförderung angetroffen. Im Gegenzug hierzu stellt die Münsterische Strafammer fest, daß die Wasserförderung und Beförderung zweckentsprechend und hinreichend gewesen sei, eine Feststellung, die in eklatantem Widerspruch zu dem Ergebnis des Bochumer Prozesses steht.

Wenn gleich auch von den Richtern in Münster ein anderer Beschluß nicht zu erwarten war, so muß doch mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das Ergebnis der Bochumer Beweisaufnahme in italien Widerspruch zu den Gründen des Einstellungsbeschlusses der Strafammer in Münster steht. Auf „Radbod“ gab es monatelang Wüstlände, Wüstlände in Hülle und Fülle, die allerdings zum weitaus größten Teil Beplanktheimungen des kapitalistischen Ausbeutungssystems sind. Die Profitrate muß unter allen Umständen möglichst ergiebig sein. Die Profit ist dreimal heilig! Im Interesse des Profits geht der Kapitalismus über Leichen! Das ist der Fluch des Systems, das auf „Radbod“ mehr als 350 Menschenopfer gefordert hat!

Die schreckliche Katastrophe soll ungelähmt stehen. So wollen es Recht und Gerecht der göttlichen Weltordnung! Die deutsche Richtsätzigkeit unserer Wirtschaftsordnung ist kaum je greller illustriert worden.

Möge „Radbod“ wenigstens der gesamten Arbeiterschaft eine Mahnung sein, fortzusetzen und unentwegt den größten Feind des Arbeiters, den menschenmordenden Kapitalismus, zu bekämpfen!

10. General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Mannheim, den 6. Juni.

Vormittags-Sitzung.

Nach einer kurzen Ansprache des Reichstagsabgeordneten Frank, der die guten Beziehungen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung betont, erstatte Schlichte einen Gesichtsbericht des Verbandsvorstandes. Er meint, obgleich der gedruckte Bericht vorliege, erscheine es doch notwendig, der Generalversammlung einige besondere Ereignisse vorzutragen. Eine größere Pflege der Statistik, wie sie mehrere Anträge wünschen, sei kaum angängig, da der Vorstand jetzt schon mit derartigen Arbeiten stark beschäftigt sei. — Auch die Anträge, die eine stärkere Agitation in der Schwerindustrie verlangen, seien gegenstandslos, da der Vorstand heute schon darin sie, was möglich sei, Anfänge einer Organisation seien in dieser Industrie schon vorhanden, man könne aber nicht künftig eine belohnte Agitation treiben; auch müßten gut qualifizierte Kollegen als Angestellte dafür gefunden werden. — Bei der Anlegung der Verbandsgebäude müsse mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die absolut sicher deponiert werden; das gelte auch für die Gelder der Sozialfond. — Was die Beschwerden anbetreffe, so müsse der Vorstand bei der Prüfung immer entscheiden, ob es sich um Ausschluß- oder Schiedsgerichtsverfahren handle; dafür entscheidet sei aber nicht die Ueberchrist der Asten, sondern ihr Inhalt. — Offenbare Anlässe zu erstellen werde vom Vorstand sehr viel verlangt. Der Vorstand werde sich aber weise Beschränkung darin aufzeigen, weil sonst die Wirkung der öffentlichen Rüge verloge. — Eine Beschwerde in bezug auf Streikunterstützung müsse noch im Plenum entschieden werden. Bei der großen Bauarbeiterausprägung wurde der Verband mit etwa 1000

Marie, die Strohschlechterin.

Erzählung aus dem Landeboden des Kantons Freiburg.
Von P. Sclobodet. Deutsch von Ferdinand Thies.
(11. Fortsetzung.) — (Nachdruck verboten.)

„Wissen Sie, was der Lahme mit zieht?“ unterbrach die Witwe die beiden jungen Leute in ihrem lachhaften Wortgefecht, nachdem sie das Boot ins andere Zimmer getragen hatte.

„Ja, und ich denke, Sie werden nicht die Absicht haben, den Preis zu erhöhen, um so weniger, als der Lahme die Ader und Wiesen nicht in besonderes gutes Stand gehalten hat.“

„Nein, sicherlich nicht. Wenn Sie mir ebensoviel zahlen wollen, überlässe ich Sie Ihnen lieber als dem Lahmen. Bei Ihnen habe ich größere Sicherheit.“

„Ihr Vertrauen macht mich trotz, Sie sollen sich nicht gefährdet haben.“

„Und wie können unsere Milch bei Ihnen holen?“

„Selbstverständlich, es würde mich sogar ungemein freuen“, antwortete Leo, sich zugleich zur Strohschlechterin mit einem verbindlichen Lächeln wendend, denn sie war es ja, welche die Milch holen mußte.

„In diesem Falle ist die Sache abgemacht“, fügte die Witwe hinzu, ihm nach altem Brauch die Hand hinhalte. Er hätte es wahrscheinlich vorgezogen, mit der Tochter den Platz abzuschließen.“

„Einverstanden!“ rief der junge Bauer. „Und die flüssige Wein, die zahl ich der Graziden bei passender

Gelegenheit. Sie werden mir doch keinen Kopf geben wollen?“

„Rein, ich nehme Sie an, wenn Sie Anerbieten von gutem Herzen kommen.“

„Ich hoffe, daß Sie nicht daran zweifeln.“

„Gut denn, wir werden sehen, ob Sie Ihr Versprechen halten.“

„Seien Sie unbesorgt, ich werde es nicht vergessen. Und nun muß ich mich wohl verabschieden. Adieu, auf Wiedersehen!“

„Seden Sie wohl!“ erwiderte die Witwe, „auf Wiedersehen!“ —

„Denken Sie an das, was Sie mitversprochen haben!“ fragte Marie noch in einem Tone hinz, welcher nur von der Witwe nicht bemerkte wurde.

Sie hielt wirklich ein allerleichtes Mädchen, diese kleine Marie, sagte sich Leo, indem er ins Dorf zurückkehrte. — Welch lauberes Frauchen werde ich einmal an ihr haben! Und dann — — das Haus, die Ländereien sind ebenfalls nicht zu verachten. Wenn nur diese unglückliche Gesichts — —, Ach was! Warum soll ich auf solch dummes Gewöhnlichsticht nich nehmen? Da bleibt mir also noch mit diesem Hexenmeister abzurechnen. Man hat wirklich Recht, zu sagen, keine Rose ohne Dornen, und dies sind wahrhaftig verwinkelte Dornen. Auf diesem Fuße wäre es unmöglich, längere Zeit zu leben. Das wäre schwer, Zinsen, die auf dem Hauses laufen. Ein wirklich teuflisches Beginnen, ich so wegen verlängerten Liebe zu rächen, wenn hier das Wort Liebe überhaupt gelten kann. Dieser elende Bagabund! Ich hätte fast Lust, ihn mit dem Knüppel zur Kaison zu bringen, wenn es etwas nützen würde. Aber damit komme ich nicht zum Ziel. Ein unüberlegter Streit ist bald ausgeführt

Aber womit beginnen? Von dem Bräutel anzeigen? Auch das wird nichts nützen. Der Bräutel verlangt Beweise. Und dann, er würde sich rächen. Es bleibt nichts anderes übrig, als ihn in seiner eigenen Schlinge zu fangen suchen.

Leo dachte lange Zeit nach, ehe er zu einem selten Entschluß über seinen Feldzugsplan kam. Endlich glaubte er ihn gefunden zu haben. Die Hoffnung, daß er zum Ziel gelangen werde, die Gewißheit, daß Marie ihm ihre Zuwendung schenkt, erfüllten ihn fast mit solcher Freude, als wenn von der Kanzel herab das Aufgebot verklündigt worden wäre, welches seine bevorstehende Heirat mit der schönen Strohschlechterin angezeigt.

7. Kapitel.

Wir berichteten, daß der Hexenmeister der Witwe ankündigte, er gehe auf die Alm. Dies hatte er auch wirklich ausgeführt. Ein Viehherdenbesitzer, an welchem sich wandte, ließ sich durch sein vorgebliches Elend erweichen und vertrautete ihm die Rüstung über seine Ziegen an, vierzig an der Zahl, die auf jeder Bergseite den Platz des Milchsäuse einzunehmen, wenn diese das Bett abgegraben hatten. Diese, während der schönen Tage sehr leichte Beschäftigung, wurde von einem Jungen von zwölf bis dreizehn Jahren geteilt, der in dem Bergelde seine Lehrzeit mache.

Zwei Ziegen, welche Rüste, der Ihnen übergeben wurde und der Bischof von welchem ein reicher Vorstand vorhanden war, genügten für Ihren Unterhalt.

Richt sonderbar muß es erscheinen, daß weder der Junge, noch das Vieh den Alten lebten konnten. Von einem gewissen Instinkt getrieben, mit welchem das ganze auf den Bergen wiedende Vieh fast immer degabt ist, entflohen die Kühe bei der Annäherung des Hexenmeisters und die Ziegen hielten ihre Milch zurück, wenn er sie melken wollte. Den Jungen, oder den Geißbub, wie er genannt wurde, überfiel

Personen in Mitteldeutschland gegangen. Die Bauarbeiter zahlten für die ersten 14 Tage keine Unterstüzung. Einige Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes wollten aber vom ersten Tage an Unterstüzung beanspruchen. Der Vorstand stellte sich auf den Standpunkt, daß schon aus Solidarität den anderen Gewerkschaften gegenüber diesem Anhören nicht stattgegeben werden könne, sondern was da am Streik hauptbeteiligte Organisation bestimmt hat, gelte auch in diesem Falle für die eigenen Mitglieder. — Die Unternehmer in der Metallindustrie verfolgten bei Verhandlungen eine sonderbare Taktik. Auch bei der Werftarbeiterbewegung haben sie mit der Anerkennung: „Verhandlung oder Ausperrung“ den Anhänger erweisen wollen, als ob die Arbeitervertreter nicht zu Verhandlungen geneigt seien, das trifft nicht zu. Allerdings war das Zugeständnis, das die Unternehmer bei der Werftarbeiterbewegung machten, sehr gering, aber es war doch so viel, daß die Arbeitervertreter durch Ablehnung dieser Zugeständnisse die große Verantwortung für eine allgemeine Ausperrung nicht auf sich nehmen konnten. Wenn später die Werftarbeiter diese Zugeständnisse nicht einmal einhalten wollten, so trifft in dieser Linie die Verantwortung darauf den Unternehmerverband. Es muß offen ausgesprochen werden, daß der Betriebsverband der Metallindustriellen dazu beigetragen hat, die Situation der Werftarbeiterseite zu verwirren. Schließe kommt sodann an die Hamburger Streitigkeiten zu sprechen, die sich im Anschluß an die Werftarbeiterbewegung ergeben haben. Weil der Hamburger Angestellte Idole nicht dem Beschlüsse der Mitgliederversammlung nachstammt, eine Protestversammlung gegen die von den Unternehmen geplante allgemeine Ausperrung nachmittags einzuberufen, wurde ihm seine Stelle gekündigt. Der Zentral-Vorstand hatte Anweisung gegeben, von dieser Versammlung Abstand zu nehmen, da sie zur Verschärfung der Situation beitragen müsse. In der nachfolgenden Diskussion verteidigten einige Hamburger Delegierte die Maßnahmen der Ortsverwaltung, andere traten der Ansicht des Zentralvorstandes bei.

Darauf gibt Weißig Frankfurt a. M. den Bericht des Ausschusses. Er berichtet einer Reihe Beschwerden, in der Hauptsache Entscheidungen über die Auslegung des Statuts und der Unterstüzungsbestimmungen. Rassenvisionen seien wiederholt vorgenommen und die Rasse in Ordnung gefunden worden. Er beantragt für den Kassierer Werner die Entlastung.

Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung spielen die Hamburger Streitigkeiten in der Diskussion noch eine große Rolle, in der die Redner teils für die Maßnahmen der Hamburger, teils für die des Vorstandes sprechen.

Außer der Hamburger Angelegenheit stehen auch einige Anträge zur Beratung. Haas-Aöln befürwortet die Anträge auf eine stärkere Agitation unter den Jugendlichen. Ernst-Hagen tritt für den Antrag ein, der die Bildungsbestrebungen unter den Mitgliedern fördert will und den Besuch der Parteischule empfiehlt. Die Mitglieder sollten mehr vom Sozialismus erfahren. In der Gewerkschaftsschule würde sehr einfache Unterricht. — Witter-Jena Frankfurt a. M. befürwortet die Anträge Barmen und Halle a. S., die eine größere Arbeitsruhe am ersten Mai wünschen. — Thielemann-Donaudorf erklärt entgegen der Meinung der Redaktion der „Metallarbeiterzeitung“ für den Fortbestand des wissenschaftlichen Organs „Zeitung“ zu feiern.

Severing-Bielefeld verprüft sich nicht viel Erfolg von einer Konferenz der Hüttenarbeiter, er empfiehlt eine Denkschrift an die Regierung und die Errichtung einer Sammelstelle von Material für die Agitation unter den Hütten- und Walzwerkarbeitern. Material liegt dafür schon in den Gewerbeimpitionsberichten und anderen amtlichen Publikationen vor. — Zu den Bildungsbestrebungen erklärt er, diese im allgemeinen nicht zu übersehen. Es seien nicht die schlechten Agitatoren, die die Partei und Gewerkschaftsschule nicht belohnt haben. (Zulämmung) Die Angestellten sollten etwas mehr für ihre Selbstbildung tun. Weiter weiß Severing die Angriffe Ensts gegen die Gewerkschaftsschule zurück. Beweise für seine Behauptungen kann Ernst jedenfalls nicht erbringen, man solle doch nicht

jedesmal eine Art Frohsinnshauer, wenn er gesagt war, in der Nähe des Alters zu sterben, und oft, trotz des Spottes und der Vorwürfe, die er entgegennahm, entfloß er ins Dorf. Nur die Drohungen des Hexenmeisters, daß er ihm den Teufel auf den Hals schlägen und dieser ihn holen werde, wenn er nur einen Schritt ohne seine Erlaubnis tue, hielten ihn etwas in Respekt. Man hätte glauben können, daß die Natur das Rainszelten des Hafens auf die Stütze dieses Menschen eingespielt hätte. Entgegen der Gewohnheit anderer Freunde, war er mürrisch und verschlossen; er dünkte nur den Mund um zu essen oder Schimpfworte und Flüche auszustoßen. Der Geißblub versicherte, daß er ihm niemals solches geschenkt habe und daß er seine ganzen Nächte damit verbringe, das Feuer zu schüren. Ein Tag zweifel er durch die Berge, fügte an den Abhängen herum, grabe nach Steinen und Wurzeln, verschwinde plötzlich ohne etwas zu sagen und komme eben so plötzlich wieder zum Vorschein, ohne daß man wisse, wo er gewesen sei.

Die geheimnisvollen Eigentümlichkeiten in seiner Existenz flöhen der ganzen Nachbarschaft Jurcht vor ihm; freiwillig magte es niemand, sich zur Nachzeit seiner Witte zu nähern.

Das schlechte Wetter, durch welches die Arbeiten im Sal unterbrochen wurden, zwang auch die Bergbewohner, es dem Regen in ihren Hütten Schutz zu suchen.

Eines Abends, wenige Tage nach dem Besuch, welchen es bei den beiden Frauen gemacht hatte, sah der Hexenmeister zusammengeknautzt vor dem Feuer in einer Art Holzklammer. In einiger Weise sieben die schweren Regengopfen auf das Holzback. Auch die Röhre hatten im Stalle schon juchzen müssen und der Geißblub war schon seit einer Zeit auf seinem Lager in Schloß verfunken.

In aller Offenheit behaupten, was man gelegentlich gehört habe. — In den Anträgen betreffend Matthei verweist Soering auf das Abkommen der Generalkommission mit dem Parteivorstand und bittet seine weitergehenden Beschlüsse zu lassen. Der Redner beschäftigt sich noch in eingehender Weise mit der schwierigen Stellung der Gewerkschaftsangestellten.

Man sollte dienen Angestellten ihr Amt nicht noch unnötig erschweren, wie das in Hamburg geschehen sei. Auf die Dauer würden die Angestellten sich das nicht gefallen lassen, was zur Folge hätte, daß die besten Kräfte dadurch abgesetzt würden.

Nachdem noch Maßnahmen vom Zentralvorstand zu der Hamburger Angelegenheit gesprochen und den Wunsch ausgedrückt hatte, daß die Hamburger Mitglieder die Meinung gewinnen möchten, nicht als Stielkinder der Organisation behandelt zu sein, erfolgt Schluß der Sitzung. Die Diskussion wird morgen fortgesetzt.

Am Mittwoch steht wird diese Debatte geschlossen, nachdem Cohen als Vertreter der Generalkommission ausgeführt, daß er sich für verpflichtet fühle, die Angriffe, die Ernst gegen die Gewerkschaftsschule gerichtet habe, zurückzuweisen zu müssen. Eine lachliche Zurückweisung erläßt sie wohl, ob diese Angriffe auch jedesfalls von der Generalkommission als deplaziert betrachtet werden. Die von Ernst gemachten Neuerungen aber dürften nicht unüberprochen in die Welt hinausgehen, damit nicht der Anhänger erwacht werde, als ob die Generalversammlung sich damit einverstanden erklärt habe. Nach persönlichen Bemerkungen von Wittmann und Kürbiss erklärt Möller, daß keine nach Hamburg gerichtete Mitteilung, ob sie Streitbrecher schon gefunden hätten, in schriftlicher Weise gemeint war.

Darauf erhält Schließe das Schlußwort zum Geschäftsbericht. Er macht zunächst einige Rückschlüsse in der Hamburger Sache. Er wendet sich sodann den einzelnen Anträgen zu. Er beschwerte eine vorliegende Petition der Angestellten im Zentralbüro, die die Generalkommission bitten, den Angestellten eine Gehaltsaufstellung von monatlich 20 Mark zu gewähren. Er trete hierbei der gestern von Severyn gehaltenen Ansicht über die schwierige Stellung der Gewerkschaftsbeamten voll bei. Eine ganze Reihe von Anträgen bitte Schließe dem Vorstand zu überweisen.

Es folgen Abstimmungen über vorliegende Anträge. Die meisten Anträge werden dem Vorstand überweisen. In Sachen der Beschneidung mit dem Schmiedeverband wird eine Resolution angenommen in der es u. a. heißt: Die Generalkommission erklärt ausdrücklich, daß zu einer Änderung der Organisationsform keine Veranlassung vorliegt. Da unter der bestehenden Form die Organisation allen Beurteilungen, dem kleinen sowohl, wie auch dem großen, bisher in jeder Beziehung gerecht werden konnte.

In der Nachmittagssitzung wird ein Antrag auf Anstellung einer Agitatorin für Rheinland-Westfalen dem Vorstand überweisen. — Eine längere Diskussion entsteht über den zweiten Teil eines Antrages aus Hagen, der den Verbandsvorstand beauftragt, das Delegationsrecht für die Parteischule voll auszunutzen. Der Antrag wird in nomineller Abstimmung mit 143 gegen 64 Stimmen abgelehnt. — Nachdem folgt eine längere Debatte über die Anträge Barmen und Halle a. S., die für Arbeitsruhe am 1. Mai eintraten. Die Debatte hierüber wird morgen fortgesetzt, da um 4 Uhr nachmittags Schluß der Sitzung eintrat.

Aus dem Lande.

Barel, 8. Juni.

Einen gemäßigten Verbandstag halten die Vaterländischen Frauenvereine des Großherzogtums Oldenburg am Freitag hier ab. Das Programm lautet: 12 Uhr: Öffentliche Verhandlungen in der Aula der Realhöhere; 2 Uhr: Mittagessen im Hotel Ebdé; 5 Uhr: Feier im Rathaus mit Vorträgen und Gesang. Fr. Kieke, Delmenhorst, über die Arbeit im Kinderhort und Fr. Thorade, Oldenburg, über die Tätigkeit des Vaterländischen Frauenvereins. — Da nehmen es die Arbeiter doch bedeutender einander mit ihren Beratungen auf ihren Verbandstagen.

Auf dem breiten Hörn züngelten die Flammen wie Feuerwerk empor, von Zeit zu Zeit durch einen Windstoß vom Rauch verschüttet und weggestellt.

Der Hexenmeister begann nun, sich aus seiner Schlaftrunkenheit aufzurütteln. Er legte einige Holzscheite auf die niedergebrannten Kohlen, blies sie an und als das Feuer wieder aufzuckte, kam ihm die Lust an, sich eine Peitsche anzuseugen. Das Aroma des Paperner Tabaks, welches sich nach einigen Zügen aus der Holzpeitsche allmählich im ganzen Raum verteilt, schien ihn in eine besonders gute Laune zu bringen. Er begann bald laut zu röumen.

„Ja, ja, mein Schatz, zweihundert Franken, zweihundert Franken für einen armen Alten, das ist nicht zu viel, um damit den Winter hindurch existieren zu können. Wie doch ein alter Freund durch die Familie, he, he, he!... Zweihundert Franken für jedes Monate, das ist wirklich wenig genug... Ein nettes Lädi, die Tochter des Anderen, aber eine Böse, böse wie eine Wölpe. Treib' es nur nicht zu arg, mein Väppchen... He, he, he!... Hab' meine Mahzregeln schon getossen. Und mein Vetter ist ja auch noch da. Ho, ho! Der Teufel! Ein prächtiges Mittel, wer es zu benutzen weiß, he, he, he!“

Eine gewisse Unruhe, die sich der Alte bemächtigte, machte dem Selbstgespräch ein Ende.

„Was ist denn das?“ murmelte er. „Das Vieh wittert irgend etwas.“

Ein leises Klopfen ließ sich an der Tür der Hütte vernehmen. Der Alte erhob den Kopf, rührte sich sonst aber nicht. Er hatte eine gewisse Erfahrung darin, daß die Art und Weise, wie ein Mensch sich anstünzte, ihm Merkmale waren für dessen Charakter und Absichten.

(Fortsetzung folgt.)

Ein größerer Zirkus hat seine Zelte auf dem Pferdemarktspark aufgebaut und werden heut und Freitag Vorstellungen gegeben. Der Zirkus verfügt über schöne Pferde und sind gute Leistungen zu erwarten.

Olsenburg, 8. Juni.

Eisenbahnhof. Umlauf wird uns gemeldet: Am 6. Juni d. J. nachmittags gegen 4 Uhr, ist bei Kilom. 23,8 zwischen den Stationen Oldendorf und Schloßhausen der Schmiedelehrling B. aus Altrippanne aus dem Zuge 146 geflüchtet und hat sich dabei einen Bruch des rechten Unterarms und eine Verrennung des linken Oberarmes zugezogen. Der Verletzte wurde mit einem Bahnmeisterwagen nach Schloßhausen und von dort mit besonderer Wachtnahe bestellt. Auf ärztliche Anordnung wurde er dort ins Krankenhaus übergeführt. Nach eigener Angabe des Verletzten hat er sich während der Fahrt unbefugtweise auf der Plattform aufgehalten und dadurch den Unfall selbst verschuldet.

Olsenburg, 8. Juni.

Die Errichtung von Selektaklassen für die Volksschulen in Olsenburg erfordert unser Gehöft seit langem im Schulvorstand und Gemeinderat. Sehen wir uns mal die Bedeutung dieses Strebens an. Da ist zunächst die große, alte Stadt Olsenburg mit Gymnasium, Real-, Städt., Volk-, konfessionellen und Privatschulen, die den Bildungsbürgern ihrer Bewohner, meistens Gewerbetreibende und Beamte, zu dienen sucht. Rund um Olsenburg die Gemeinden Eschede, Ohmstedt, Olsenburg und das Stadtgebiet haben alle nur Volkschulen. Wege und meist werden nun aus der Stadt die Arbeiter nach den oben angegebenen umliegenden Orten verdrängt, aber nicht allein die Arbeiter, sondern auch die kleineren Beamten werden durch die höheren Meister aus der Stadt vertrieben und nun kommt, was ganz lebhaft verständlich ist, auch das Streben dieser kleineren, nicht kleinen, Beamten und der austretenden Arbeiterschaft, ihren Nachkommen bessere Schulbildung zu geben zu lassen und zwar besser, als die Volkschule von heute sie bietet. Die Stadt Olsenburg, für deren Gemeindebürgen, als größere Geschäftsfamilien, Gaueigentümer u. a. die Arbeiter die Profite tragen, nehmen in ihren Mittel- und Städtkindernschulen kleine Kinder von in der Umgebung wohnenden Eltern auf. In den höheren Schulen müssen für Auswärtige höhere Schulgelder bezahlt werden als für Einheimische und so entsteht von selbst der Notiziel der oben angeführten Personen nach „Schafft bessere Schulen für unsere Jugend“. Doch wie ist dem nun abzuhelfen, ohne daß die Schule selbst in den einzelnen Gemeinden so drückend wird, daß es tatsächlich nicht mehr aufzubringen ist. Unsere Genossen haben im Gemeinderat und Schulvorstand verucht, dem Uebel zu steuern und haben zunächst den Antrag gestellt, das Oberschulkollegium zu erlauben, mehr Lehrer für die noch freien Schulklassen zur Verfügung zu stellen, um so zunächst die Schulklassen zur Verfügung zu stellen, um so zunächst die Schule Schäferzahl zu erhöhen und zwar besser, als die Volkschule von Olsenburg in den einzelnen Klassen herabzunehmen. Beider ist dieser Wunsch vom Oberschulkollegium verworfen worden. Würden aber die Klassen mehr entlastet werden sein, so wäre es möglich geworden, die besten Schüler aus den oberen vier Klassen herauszunehmen und diesen eine bessere Schulbildung durch besondere Lehrkräfte zu teil werden zu lassen. Das Streben des Gemeinderates und Schulvorstandes muß es unbedingt sein, zunächst mehr Lehrkräfte zu bekommen, dann wird auch die Einrichtung der Selektaklassen für begabte Schüler, ganz gleich ob die Eltern reich oder arm sind, nichts mehr im Wege stehen und endlich auch Olsenburg als aufstrebender Ort immer mehr Schulekräfte heranziehen.

Achtung, Hundeshalter! Wir machen auf das heutige Inserat des Gemeindevorstandes aufmerksam.

Der neue Rangierbahnhof ist am Mittwoch vormittag in Betrieb genommen worden. Während der Nacht und in den frühen Morgenstunden erfolgte die Ueberleitung des Güterzugsverkehrs.

Gesetzliches.

Margarinevergütung. Vor der zweiten Strafkammer in Uelzen begann am Mittwoch die Verhandlung gegen die Altonaer Margarinefabrik Mohr & Co., G. m. b. H., in Sachen der Ende November v. J. an verschiedenen Orten entdeckten schweren Ersteuerungen nach dem Genuss der Margarinemarke „Bata“. Die Fabrikation dieser Marke wurde damals erst verboten, nach eingehender chemischer Untersuchung jedoch wieder freigegeben. Die Anklage nimmt an, daß nicht genügend Sorgfalt bei der Herstellung dieser Marke geübt hat und dadurch die Ersteuerungen hervorgerufen sind.

Versammlungs-Kalender.

Sonntagnachmittag den 10. Juni.

Heidmühle. Verband der Brauerei- und Bäckereiarbeiter. Abends 8½ Uhr bei G. Schütz.

Büdelsdorf. Arbeiterversammlung. Nachm. 5 Uhr bei Willers.

Norden. Holzarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr bei Walter in Etel.

Nordenham. Metallarbeiter-Verband. Abends 8½ Uhr bei Rohners.

Brake. Gelangowerein. Tel. G. Janzen.

Wichtringhausen. Abends 8½ Uhr bei Gording.

Schiffahrts-Nachrichten.

vom 7. Juni.

Teilegramme des Norddeutschen Lloyd.

Bolid. Bülom, von Ostasien, heute von Venango abgegangen.

Schnell. Kais. Wld. d. Gr., nach New York, heute von Southampton.

Wld. Prinz Alice, nach Ostasien, heute in Suez angelangt.

Bolid. Schröder, von Australien, heute von Southampton ab.

Bolid. Port, nach Ostasien, heute in Pusan angelangt.



Margonher & Co. str. 34
Vereinigte Bezugsquelle
sämtlicher Bedarfartikel.

Friedrich Kuhlmann
Spezialist für Krankenpflege und Optik
Büro, Telefon 11. Umschau, 10. 11.
Lieferant sämtlicher Kremser Artikel
Für Damen geschulte

Erscheint dreimal
wöchentlich

Bezugsquellen - Verzeichnis

J. R. JASPER

Büro u. billigste Bezugsquelle für Herren-, Knaben- u. Kinderkleidung, Mäntel, Mantelkragen, Schal, Läderwaren, und Schuhkleidung. Tel. 180

Spesialist für Männer-

Kleider-

-waren

Damenbekleidung,

Kinder-

-bekleidung

-Kessels

Damenbekleidung,

und -waren

-Kessels

Damenbekleidung,

